

Erfahrungen mit G8

Widersprüchliches aus dem Sommerloch

Überall da, wo das achtjährige Gymnasium flächendeckend neu eingeführt wurde, haben sich Eltern an die Öffentlichkeit gewandt. Sie beklagen, dass der Druck auf ihre Kinder extrem zugenommen habe; sie hätten kaum noch Zeit, außerschulischen Interessen nachzugehen oder auch, dass die Zahl der Gymnasiasten in psychotherapeutischer Behandlung zugenommen habe.

Die Hauptforderung der Eltern ist, dass die wöchentliche Unterrichtsbelastung in der Sekundarstufe I gesenkt und der Unterrichtsstoff gekürzt werden müsse. Sie wären auch mit einer Umverteilung des Unterrichtsvolumens von der Sek. I auf die Sek. II einverstanden.

Zum besseren Verständnis: Die flächendeckende Verkürzung der gymnasialen Schulzeit von neun auf acht Schuljahre ist in vielen Bundesländern bereits umgesetzt. Parallel dazu gibt es überall noch ein auslaufendes neunjähriges Gymnasium. Im Saarland sind die ersten G8-Jahrgänge derzeit in Klasse 11, in Bayern in Klasse 9 und in Baden-Württemberg in Klasse 8 angekommen.

Die Kultusministerien verschiedener Bundesländer haben sich im Sommerloch dieses Jahres in durchaus widersprüchlicher Weise der Klagen der Eltern angenommen:

Die Nordrhein-Westfälische Kultusministerin meint, die Belastungen der Kinder ließen sich reduzieren, wenn wieder Samstagsunterricht eingeführt würde.

Der (damalige) saarländische Kultusminister sah die Lösung in einer von der Kultusministerkonferenz abgesegneten generellen Kürzung der Stundentafeln.

Baden-Württemberg hat die Stundentafeln angesichts frühzeitiger gut organisierter Elternproteste mit Hinweis auf die weniger umfangreichen Vorgaben anderer Bundesländer bereits um zwei Stunden gekürzt und hofft ebenfalls auf Genehmigung weiterer Kürzungen durch die KMK.

Die Bilanz des bayerischen Kultusministeriums lautet dagegen kurz und bündig: „Das achtjährige Gymnasium hat sich bewährt“. Schließlich seien steigende Übertrittszahlen und rückläufige Quoten von Wiederholern zu verzeichnen.

Stundentafeln im Korsett von 265 Stunden

Vergleicht man die Stundentafeln für das achtjährige Gymnasium der einzelnen Bundesländer, stellt man fest, dass sie den Kindern und Jugendlichen der Klassen 5 bis 10 zwischen 31 und 36 Wochenstunden zumuten, obwohl bei der Kürzung von G9 auf G8 je nach Bundesland in der Sekundarstufe I bereits insgesamt 14 bis 18 Wochenstunden gestrichen wurden.

Weitere Kürzungen finden derzeit noch ihre formale Grenze an dem von der Kultusministerkonferenz vorgegebenen Rahmen von 265 Wochenstunden, die im Verlaufe der gesamten Schulzeit bis zum Abitur zu erteilen sind. Addiert man die Zahl der Wochenstunden bis zum Abitur, reichen diese von 264 (204 + 30) Stunden in Baden-Württemberg, 260 bis 264 in Bayern und 252 (192 + 60) im Saarland. Hessen kommt bei drei Fremdsprachen auf 256 (166 + 90) Stunden. Dieser Überblick macht deutlich, dass nach dem gültigen Berechnungsmodus wohl kaum ein Bundesland das geforderte Unterrichtsvolumen von 265 Stunden erreichen dürfte.

Als Joker zum Auffüllen muss deshalb die in der gymnasialen Oberstufe (fiktiv) angerechnete Zahl von Stunden dienen. Da in der Oberstufe die tatsächliche Stundenzahl je nach individuell gewähltem Programm von Schüler zu Schüler stark variiert, wurden dafür bisher einheitlich 30 Stunden angesetzt. Nach Aussagen des baden-württembergischen Kultusministeriums will es demnächst 6-8 Stunden weitere Stunden der gymnasialen Oberstufe zurechnen (Landtagsdrucksache 13/5204, 28.02.2006). Damit könnten für die Oberstufe 33 bis 34 Stunden in Anrechnung kommen, ohne dass sich in der Oberstufe das Geringste ändert. Im Gegenzug könnte das Unterrichtsvolumen in der Sek. I reduziert werden.

Ein solches Vorgehen bedarf allerdings einer vorherigen Einigung in der Kultusministerkonferenz. Darüber hat sich allerdings Hessen bisher kein Kopfzerbrechen gemacht. Hier werden bereits jetzt – ohne formale Genehmigung - 33 Stunden für die Oberstufe angesetzt.

Vorsorglich auf Kürzung angelegte Stundentafeln haben Baden-Württemberg und Bayern. Diese enthalten bis zu 14 so genannte Poolstunden bzw. Intensivierungsstunden. Dies sind Stunden, die nicht an die Erteilung von Fachunterricht gebunden sind und die somit bei Bedarf ohne grundlegende Änderung der Lehrpläne ersatzlos gestrichen werden können.

Mit der eben skizzierten Rechenakrobatik wären auch die Eltern einverstanden, da damit ihre Forderung nach Reduzierung des Unterrichtsvolumens in der Sek. I erfüllt wäre.

Es dürfte deshalb nur eine Frage der Zeit sein, bis die Kultusministerkonferenz die 265-Stunden-Messlatte aufgibt und den Umfang und die Verteilung des Unterrichtsvolumens den einzelnen Bundesländern überlässt.

Allerdings dürfte es im europäischen Rahmen schwierig werden, weitere Kürzungen des Unterrichtsvolumens zu rechtfertigen, da Deutschland im internationalen Vergleich bereits heute relativ wenig Unterricht anbietet. Frankreich z.B. schult deutlich früher ein und erteilt trotz kürzerer Schulzeitdauer insgesamt mehr Unterrichtsstunden pro Schüler bzw. Schülerin als Deutschland. Bereits in der Grundschule erhalten französische Kinder etwa ein Drittel mehr Unterricht als deutsche. In den Sekundarstufen umfasst die Stundentafel in Frankreich zwischen 27 und 32 Unterrichtsstunden á 55 Minuten. Dies entspricht 33 bis 40 Unterrichtsstunden á 45 Minuten. (Eurybase). Die skandinavischen Länder liegen allerdings deutlich unter dem in Deutschland erteilten Umfang.

Ergebnis: Faktische Ganztageschule ohne Konzept

Da zumindest zum jetzigen Zeitpunkt das Unterrichtsvolumen nicht weiter verringert werden kann, hat die Schulzeitverkürzung eine hohe zeitliche Belastung der Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe I zufolge. Die Belastung der Lehrerinnen und Lehrer steigt u. a. durch die deutliche Stoffverdichtung. Außerdem ergeben sich vorher nicht bedachte Auswirkungen auf die organisatorischen Rahmenbedingungen für die gymnasiale Oberstufe.

Inzwischen kann man hinsichtlich der Folgen auf erste Erfahrungen der Bundesländer zurückgreifen, die G8 bereits flächendeckend eingeführt haben. Da ich die Verhältnisse in Baden-Württemberg am besten und aus eigener Anschauung kenne, werde ich mich im Folgenden überwiegend auf dieses Bundesland beziehen.

Stundenplangestaltung:

Ein wesentliches Problem stellt die Stundenplangestaltung dar:

- Derzeit werden im Gymnasium sowohl in der Mittelstufe als auch Oberstufe 32 bis 35 Unterrichtsstunden pro Woche und Schüler/in erteilt. Dieser hohe Umfang erzwingt einen ganztägigen Schulbetrieb. An meiner Schule findet inzwischen durchgehend Unterricht von 7.40 Uhr bis 18 Uhr statt. Dieses Stundenplanraster ermöglicht es, dass 12 Schulstunden am Tag untergebracht werden können.
- Da am Vormittag nur etwa 28 Stunden zur Verfügung stehen, bedeutet dies, dass zwischen 4 und 7 Stunden auf den Nachmittag entfallen müssen. Da wir eine relativ hohe Zahl an Fahrschülern haben, drängen die Eltern darauf, dass die Kinder an möglichst wenigen Nachmittagen an der Schule sind. Die Folge ist, dass im Stundenplan auch bei jüngeren Schülerinnen und Schüler bis zu 10 Unterrichtsstunden am Tag stehen. Von einer besorgten Großmutter habe ich kürzlich erfahren, dass eine Schülerin der 5. Klasse an einem Gymnasium in BaWü 11 Unterrichtsstunden an einem Tag hat.

An solchen Tagen sind Hausaufgaben selbstverständlich nicht mehr zumutbar.

- Da bei der Stundenplangestaltung in erster Linie Rücksicht auf die Bedürfnisse jüngerer Schülerinnen und Schüler genommen wird, füllen die Oberstufenkurse mehr oder weniger die verbleibenden Lücken. Daraus ergibt sich für Oberstufenschüler/innen ein überaus löchriger Stundenplan mit bis zu 4 Nachmittagen Unterricht in der Woche.
- Natürlich verteilen sich auch die Unterrichtsstunden der Lehrerinnen und Lehrer über den gesamten Schultag. Dazu hin müssen auch die Sportstätten und Fachräume gleichmäßig belegt werden. Deshalb müssen die Lehrpersonen mit häufigem Nachmittagsunterricht, langen Unterrichtstagen und ggf. großen Lücken zwischen den einzelnen Stunden rechnen.

Lehrerarbeitsplätze in ausreichender Zahl und Rückzugsmöglichkeiten sind aber in den Schulen nicht vorhanden. Es kommt auch immer häufiger vor, dass man an einem Tag sehr viele Unterrichtsstunden erteilen muss. An meiner Schule sind das bis zu neun Unterrichtsstunden. Vorteil ist allerdings, dass sich auch für Kolleg/innen mit vollen Lehraufträgen unterrichtsfreie Tage einplanen lassen.

Als erste Feststellung möchte ich festhalten: Durch die Randbedingungen für die Stundenplangestaltung sind unversehens Ganztageschulen entstanden, denen es aber an der notwendigen räumlichen Ausstattung mangelt und denen insbesondere jegliches pädagogische Konzept fehlt. Die Schülerinnen und Schüler sind außerhalb des Unterrichts ohne Betreuung sich selbst überlassen.

Auf einige der damit verbundenen Probleme möchte ich im Folgenden einen Blick werfen:

1. Regelmäßiger Mittagstisch:

Viele Schulen haben inzwischen Wege gefunden, wie sie den Schülerinnen und Schülern einen Mittagstisch in der Schule anbieten können. Wie an anderen Schulen auch, hat in meiner Schule diese Aufgabe der Förderverein übernommen und bietet auf der Basis eines 400 EURO-Jobs und ehrenamtlich helfender Mütter zwei Mal in der Woche eine warme Mahlzeit an. Der Schulträger sieht sich dazu nicht in der Lage.

2. Räumliche Ausstattung der Schulen:

Bei einem Stundenplanraster, das den ganzen Schultag umfasst, ist es unumgänglich, dass insbesondere die älteren Schülerinnen und Schüler Freistunden haben, in denen sie arbeiten oder sich zurückziehen können sollten. Für die Jüngeren gilt dies insbesondere für die Mittagspausen, in denen zumindest die Fahrschüler/innen nicht nach Hause gehen können.

Arbeits- und Ruheräume, eine gut ausgestattete Bibliothek oder Computerarbeitsplätze für Schülerinnen und Schüler sind an meiner Schule so gut wie nicht vorhanden. Daran wird auch ein Erweiterungstrakt, der derzeit im Bau ist, wenig ändern.

3. Fragen der Beaufsichtigung von Schüler/innen:

Da bei Nachmittagsunterricht eine ausreichend lange Mittagspause vorgesehen werden muss, stellt sich die Frage der Beaufsichtigung. Da unsere Schule auch die Belastung der Lehrerinnen und Lehrer im Auge hat, wurde festgelegt, dass die Kinder in der Mittagspause die Schule verlassen, unabhängig davon, ob sie in dieser Zeit nach Hause gehen können oder nicht. Indem wir den faktischen Aufenthalt der Kinder an der Schule während der Mittagspause ignorieren, sind wir – zumindest derzeit noch - der Aufsichtspflicht enthoben.

Dies führt dazu, dass die Schüler/innen während dieser Zeit entweder ins nahe gelegene Stadtzentrum gehen oder aber – wenn sie zu den Jüngeren gehören – auf dem Schulhof oder im Schulhaus toben.

4. Erhöhter Personalbedarf und höhere Belastung der Lehrerenden in der Übergangszeit:

In der Übergangsphase vom 9-jährigen zum 8-jährigen Gymnasium entsteht durch die parallel vorzuhaltenden Bildungsgänge ein erheblicher personeller Mehrbedarf. Dies wird besonders in den Jahren zu einem gravierenden Problem werden, wenn 2 Jahrgänge gleichzeitig die gymnasiale Oberstufe besuchen. Bisher trifft kein Bundesland Vorkehrungen, diesen Mehrbedarf durch zusätzliches Personal aufzufangen. Wir können davon ausgehen, dass die Frage auf unserem Rücken entschieden wird.

Im Saarland jedenfalls, dem ersten Bundesland, in dem bereits im letzten Schuljahr zwei Jahrgänge unterschiedlicher Geschwindigkeit aufeinander getroffen sind, wurden wie zu erwarten einfach größere Gruppen gebildet.

5. Bundesmittel für den Ausbau von Ganztageschulen:

Angesichts des dringenden Bedarfs haben sich Gymnasien in großer Zahl um Bundesmittel zum Ausbau von Ganztageschulen beworben. Sie können jetzt stolz großzügige Menschen einweihen.

Selbst wenn sie viel Energie auf die Entwicklung eines sinnvollen Ganztageskonzepts verwendet haben, können die Lösungen nicht befriedigen:

- Die Kultusministerien stellen keine Lehrerstunden für den Ganztagesbetrieb zur Verfügung. Die Schulträger sind nicht in der Lage, aber auch nicht gewillt, dafür Mittel einzustellen. Deshalb wird versucht, Personal vor allem bei Sport- und Musikvereinen zu gewinnen. Abgesehen davon, dass diese häufig nicht auf professionell ausgebildete Lehrkräfte zurückgreifen können, bleibt das Angebot weitgehend lokalen Zufälligkeiten überlassen.
- Deshalb werden in aller Regel offene Ganztagesprogramme angeboten. So lange aber nicht alle Schülerinnen und Schüler in das Konzept eingebunden werden können, ist ein sinnvoll rhythmisiertes Programm nicht durchführbar. Die Ganztagsangebote können nicht mehr sein als eine Addition zum bereits vorhandenen umfangreichen Unterrichtsangebot.
- Eltern, deren Kinder bereits ein umfangreiches Nachmittagsprogramm haben und in der übrigen Zeit gut betreut sind, sind nicht motiviert, ihre Kinder für das nicht eben überzeugende Ganztagesprogramm anzumelden. Damit kommt dieses zwangsläufig in den Ruf eines Beschäftigungsprogramms für nicht beaufsichtigte Kinder. Dies trägt ganz bestimmt nicht zum Ansehen von Ganztageschulen bei.

Widersprüchliches Elternverhalten

Angesichts der unbefriedigenden Rahmenbedingungen und der hohen Belastung der in der 5. Klasse noch sehr jungen Schülerinnen und Schüler hat sich wie gesagt bei der flächendeckenden Einführung von G8 in Baden-Württemberg vor vier Jahren massiver Elternprotest formiert. Gemeinsam mit ihren Kindern haben sie die Anforderungen des Gymnasiums als erhöhte Belastung erfahren, verbunden mit der Unsicherheit, inwieweit ihr Kind diesen standhalten können würde bzw. der Konkurrenz der anderen „begabten“ Kindern gewachsen sein würde.

Ich zitiere aus einem Brief, den Eltern an die damalige Kultusministerin Schavan geschrieben haben:

„Eine deutliche Mehrheit beurteilt zeitliche Belastung und Leistungsdruck als zu hoch, da G8 den Schülern dasselbe Stoffpensum (wie in G9) in weniger Zeit abverlangt. Eine Reduktion des Unterrichtsstoffes auf Wesentliches haben die Eltern nicht erkennen können, oftmals kommen dieselben Bücher wie in G9 zum Einsatz. ...

Zwei Mal Nachmittagsschule, geballte Klassenarbeitstermine und die - ohne Frage notwendigen – Hausaufgaben erschweren mit Sicherheit die Teilnahme an sportlichen oder musischen Vereinsaktivitäten und schränken phasenweise auch die Möglichkeiten, als Familie an Wochenenden gemeinsam etwas "Größeres" zu unternehmen, erheblich ein. ...

Wenn sich im 6. Schuljahr die Wochenstundenzahl auf 35 Stunden erhöht, ist mit einer weiteren Verschärfung des Problems zu rechnen. Schule ist bereits jetzt Gesprächsthema Nummer Eins in der Familie, wo die oben beschriebenen seelischen Belastungen aufgefangen und verarbeitet werden müssen.

Daneben sehen sich die Eltern im Zusammenhang mit G8 mit einer weiteren Aufgabe konfrontiert: zunehmend muss die Familie die Funktion des Nachhilfelehrers übernehmen, was zusätzlich Unfriede und Spannungen in die Familien trägt.“

Obwohl sie eine bessere Förderung und Betreuung ihrer Kinder wünschen, wird die nahe liegende Forderung nach Einführung einer Ganztagschule nicht gestellt.

Das Kultusministerium hat auf den Elternprotest durch Streichung von 2 der bisher 12 Poolstunden reagiert.

Inzwischen sind diese Kinder in Klasse 8 angelangt. Sie haben sich weitgehend mit den Bedingungen arrangiert, indem sie schnell gelernt haben, ihre Kräfte einzuteilen. Sie unterscheiden bezüglich ihres Arbeitsaufwandes deutlich zwischen wichtigen und weniger wichtigen Aufträgen und Fächern.

Zusätzliche Anforderungen werden von den Schülerinnen und Schülern abgewehrt. So ist die Beteiligung an der Arbeit der schulischen Gremien relativ gering. Dies scheint sich auch auf die

Wahl der dritten Fremdsprache auszuwirken, die zu Beginn der 8. Klasse anstand und zugunsten der Alternative eines neu eingeführten naturwissenschaftlichen Hauptfaches (Naturwissenschaft und Technik) rückläufig war. Ob diese Tendenz anhält, bleibt abzuwarten.

Wenn nötig, versuchen Eltern, die ökonomisch dazu in der Lage sind, Defizite durch privaten Nachhilfeunterricht für Ihre Kinder auszugleichen. (In diesem Zusammenhang ist festzustellen, dass der bundesweite Trend zu zentralen Prüfungen einen gezielten Nachhilfeunterricht erleichtert und damit die Schulen von sonst notwendigen Fördermaßnahmen entlastet.)

Zu Beginn dieses Schuljahres (2007/08) war das Kultusministerium erneut mit massivem Elternprotest konfrontiert. Nachdem in diesem Schuljahr zum ersten Mal Kinder ins Gymnasium überwechselten, die bereits alle Englischunterricht in der Grundschule hatten, sollten die Gymnasien in der 5. Klasse gleichzeitig mit zwei Fremdsprachen beginnen. Dies hält die Mehrheit der Eltern für eine Überforderung der Kinder. Statt eine klare Regelung zu treffen, hat der Kultusminister den schwarzen Peter an die Gymnasien weitergereicht. Jede Schule muss nun selbst entscheiden, ob sie mit der 2. Fremdsprache in Klasse 5 oder 6 beginnt.

Trotz des hohen Drucks auf die Kinder, trotz vieler organisatorischer Ungereimtheiten und entgegen der Erwartungen scheint der Trend zum Gymnasium sowohl in Bayern als auch Baden-Württemberg ungebremsst. Die Übergangszahlen steigen weiter und die Zahlen der Wiederholer scheinen zu sinken. In Niedersachsen, wo das G8-Angebot der Gymnasien und das G9-Angebot der Gesamtschulen nebeneinander stehen, war aber auch zu beobachten, dass die Anmeldezahlen der Gesamtschulen das Angebot an Plätzen weit überstiegen. Aus dem Saarland verlautet, dass die Zahl der Jugendlichen steige, die vom Gymnasium zu anderen Schularten (Erweiterten Realschulen und Gesamtschulen) wechseln.

Trotzdem wage ich eine zweite Feststellung: Offensichtlich beweist auch G8, dass es – sofern beabsichtigt - nicht möglich ist, durch politische Maßnahmen die Selektivität des Gymnasiums zu steuern.

G8 - an den Vorgaben gemessen

In diesem Zusammenhang soll noch einmal in Erinnerung gebracht werden, welche Gründe für die Kürzung der gymnasialen Schulzeit ausschlaggebend waren.

Das Kernargument lautete, dass in Deutschland das Berufseintrittsalter zu hoch sei und deshalb Deutsche auf dem internationalen Arbeitsmarkt benachteiligt seien. Um dem zu begegnen müsse die Schulzeit verkürzt werden.

Dies wäre ohne Streichungen und ohne Qualitätsverlust möglich, da es im Gymnasium insbesondere in der 11. Klasse und nach dem schriftlichen Abitur Leerlauf gebe. Außerdem könne man mit effektiverem Unterricht auch dem konstatierten Motivationsverlust in der gymnasialen Oberstufe entgegenwirken.

Sehr schnell zeigte sich, dass sich das Unterrichtsvolumen eines ganzen Schuljahres nicht auf die verbleibenden 5 Jahre umverteilen lässt, ohne dass man die wöchentliche Unterrichtsverpflichtung der Schülerinnen und Schüler auf ein nicht zu tolerierendes Maß erhöhen muss. Deshalb wurden in den betroffenen Bundesländern von Anfang an sowohl Unterrichtsstunden als auch Unterrichtsstoff in zum Teil hohem Umfang ersatzlos gestrichen.

Trotz der Streichungen verlautet aus Bayern, dass es „angesichts der internationalen Konkurrenz für die künftigen Absolventen kein Abitur light geben wird“ (www.bildungclick.de, 29.03.2007). Wie aber bitte soll das gehen? Entweder man macht ein anspruchsvolles Angebot für eine ausgewählte Elite oder man wird gezwungen, die Anforderungen zu senken. Die steigenden Übergangsquoten zeigen, wohin auch in Bayern der Zug rollt.

Ein weiterer Beleg: Im Saarland sind im letzten Schuljahr G8-Schülerinnen und -Schüler der 10. Klassen auf die Elftklässler des G9 getroffen und müssen mit diesen konkurrieren. Es hat sich schnell gezeigt, dass die G8-Schülerinnen und Schüler nicht mithalten können, die bis zum Eintritt in die gymnasiale Oberstufe ein Jahr mehr Zeit hatten. Um die jüngeren G8-Schüler/innen vor Überforderung zu schützen, wurden wieder einmal auf Druck der Eltern die Oberstufenlehrpläne für den gemeinsamen G8/G9-Jahrgang stark gekürzt,

Daraus folgt eine dritte Feststellung: Es ist nicht möglich, die Schulzeit ohne Qualitätsverlust zu verkürzen. Die Verkürzung von G9 auf G8 geht mit einem Bildungsabbau einher.

G8 – ein Sparmodell?

Ich schließe gleich eine vierte Feststellung an: Bildungspolitik in Deutschland ist vorwiegend Sparpolitik. Da das eigentliche politische Motiv für die Schulzeitverkürzung ein erhofftes Einsparpotential ist, wird Bildungsabbau in Kauf genommen.

Wie wir gesehen haben ist die von den Bundesländern derzeit verfolgte Strategie der Schulzeitverkürzung wenig geeignet ist, Sparpotenziale freizusetzen. Ein nennenswerter Spareffekt lässt sich nur durch weitere deutliche Kürzung des Unterrichtsangebots während der gesamten Schulzeit erreichen. Insofern dürfte ein massiver Elternprotest, der mit einer entsprechenden Forderung verbunden ist, den Landesregierungen nicht unangelegen kommen. Elternwünsche werden können erfüllt und das eigene Sparinteresse kaschiert werden.

Vor diesem Hintergrund erscheint der Streit um die Bundesmittel für Ganztagschulen in neuem Lichte. Waren die Länderchefs über die Bundesmittel deshalb so aufgebracht, weil gut ausgestattete Ganztagschulen den Elternwunsch nach weniger Unterrichtsstunden obsolet machen würden?

Eine Reform des deutschen Bildungssystems ist überfällig

Zum Abschluss noch ein Wort zu den Vorstellungen der GEW im Hinblick auf Bildungsreformen.

Die GEW ist der Ansicht, dass das Bildungswesen insgesamt in struktureller, inhaltlicher und methodischer Hinsicht dringend verändert werden muss. Die Schulform Gymnasium kann dabei nicht isoliert betrachtet werden. Längst nicht alle Probleme, die das Gymnasium betreffen, sind auf die überstürzte Einführung von G8 zurückzuführen.

Das beklagte relativ hohe Alter der Studien- bzw. Berufsanfänger/innen in Deutschland ergibt sich außerdem nicht nur aus der langen gymnasialen Schulzeit, sondern auch aus der späten Einschulung, aus ggf. wiederholtem Sitzenbleiben sowie Wehr- bzw. Zivildienst vor dem Studium. Außerdem ist der Übergang von der Schule zur Hochschule wegen fehlender Verzahnung mit Zeitverlust verbunden. Hochschulen messen der Lehre und der Entwicklung von effektiven Hochschulcurricula zu wenig Bedeutung bei.

Auf diesem Hintergrund ist die Bundesfachgruppe Gymnasien nicht grundsätzlich gegen eine Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur. Sie stellt aber fest, dass das derzeitige Vorgehen der Bundesländer überstürzt und pädagogisch gesehen konzeptionslos war. Mögliche Alternativen zur Streichung eines Schuljahrs wurden überhaupt nicht in Betracht gezogen. Es gab in dieser Frage keinen öffentlichen Diskurs.

Nach Ansicht des Bundesfachgruppenausschusses Gymnasien müssten folgende Alternativen oder auch Kombinationen davon in die Diskussion einbezogen werden:

1. Mit der **Einrichtung gebundener Ganztagschulen** wäre es möglich, mehr Unterrichtsstunden ohne Überlastung der Schülerinnen und Schüler zu erteilen. Dafür wäre aber eine Verteilung des Unterrichts auf den gesamten rhythmisierten Schultag Voraussetzung, in den auch Hausaufgabenbetreuung, Fördermaßnahmen, Musik-Einzelunterricht, Sporttraining integriert wären. Selbstverständlich müssten in einer solchen Schule Lehrpersonen und Schulsozialpädagog/innen zusammenarbeiten. Unabhängig davon ist die Einrichtung von Ganztageschulen für die GEW dringend erforderlich.
2. Eine **frühere Einschulung** wie in vielen Nachbarländern würde am wenigsten strukturelle und inhaltliche Veränderungen erfordern. Maßnahmen in dieser Richtung sind in einigen Bundesländern bereits beschlossen. Indem wie z.B. in Nordrhein-Westfalen die Altersgrenze zur Einschulung jährlich um 1 – 2 Monate vorverlegt wird, ergibt sich nach einigen Jahren ein Einschulungsalter von 5 Jahren. Damit könnte das Abitur selbst unter Beibehaltung von 13 Schuljahren mit 18 Jahren abgelegt werden.

3. Eine bessere Verzahnung von gymnasialer Oberstufe und Hochschule, z.B. nach dem Muster der **amerikanischen Colleges**. Ein solches Modell wurde im Rahmen des Oberstufen-Kollegs in Bielefeld über 30 Jahre erprobt, aber aufgrund eines mangelnden politischen Willens nie ausgeweitet.

Zusammenfassung:

Für die GEW ist die Frage, nach wie vielen Jahren das Abitur vergeben werden soll, abhängig von einem schlüssigen Konzept für das gesamte Bildungswesen, das die vorschulische Bildung, die Schulstruktur, schulische Förderkonzepte zur Vermeidung des Sitzenbleibens und die Hochschulbildung umfasst.

Es muss darauf beruhen, allen Jugendlichen, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft den Weg zum Abitur und einem Hochschulstudium zu ermöglichen. Nicht zuletzt ist es notwendig, in einem öffentlichen Prozess wieder einen Konsens über die zum Abitur zu erwerbenden Kompetenzen herbeizuführen.

Die GEW wird alle Maßnahmen im Zusammenhang mit der Reduzierung der Schulzeit an folgenden Forderungen messen:

- **keine weitere Reduzierung des Unterrichtsvolumens,**
- **Entwicklung von Förderkonzepten bei**
- **flächendeckender Einführung von Ganztagschulen mit pädagogischem Konzept und professionellem Personal bei**
- **voller öffentlicher Finanzierung.**